Förderung armer Familien auf die Prioritätenliste setzen!

geschrieben von Redakteur | November 15, 2022

Breites Bündnis fordert mehr finanzielle Mittel für die Bekämpfung von Kinderarmut

Die unterzeichnenden Organisationen des „Ratschlag Kinderarmut“ fordern in ihrer gemeinsamen Erklärung „Solidarität mit armutsbetroffenen Kindern, Jugendlichen und ihren Familien – besonders in der Inflationskrise!“, Armutslagen von jungen Menschen nicht länger hinzunehmen, sondern endlich das nötige Geld in die Hand zu nehmen, um ihnen ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen. Dabei müssten soziale Infrastruktur und monetäre Leistungen ineinandergreifen. Die Erklärung haben unter anderem das Deutsche Kinderhilfswerk, der Arbeiter Samariter Bund, die Arbeiterwohlfahrt, der Deutsche Bundesjugendring, die Diakonie Deutschland, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Kinderschutzbund, die Nationale Armutskonferenz, Save the Children, SOS-Kinderdorf, der Sozialverband Deutschland, der Sozialverband VdK und die Volkssolidarität unterzeichnet.

Hilgers: Verweigerungshaltung der Union ist unanständig

Ach der Deutsche Kinderschutzbund ist Teil des Bündnisses. Dessen Präsident Heinz Hilgers hat laut einem Bericht des Redaktionsnetzwerks Deuschland die Verweigerungshaltung der Unionsparteien gegenüber dem Bürgergeld als „unanständig“ bezeichnet. Gerade Familien mit Kindern seien von den gegenwärtigen Krisen besonders hart betroffen.

Hoffmann: Förderung armer Familien auf Prioritätenliste setzen

„Viele Familien trifft jetzt die Inflation und die Energiekrise mit unfassbarer Wucht. Dadurch geraten Familien mit geringem Einkommen an oder sogar über die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten, viele sind finanziell schlicht am Ende. Jeder dritte Hartz-IV-Empfänger ist ein Kind, obwohl der Anteil von Kindern an der Gesamtbevölkerung in Deutschland nur bei rund 16 Prozent liegt. Damit sind Kinder und Jugendliche mit ihren Familien in besonderem Maße von Armut betroffen. Wir brauchen deshalb endlich eine Kindergrundsicherung, die ihren Namen verdient. Bis zu ihrer Einführung muss es deutliche Aufschläge auf die bisherigen Transfersysteme geben. Die Förderung armer Familien und ihrer Kinder sowie unbürokratische Zugänge zu armutsvermeidenden Leistungen gehören auf der Prioritätenliste ganz nach oben“, betont Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes.

Mehr als jedes fünfte Kind von Armut betroffen

In Deutschland ist inzwischen mehr als jedes fünfte Kind von Armut betroffen. Konkret bedeutet das für die betroffenen

Kinder und Jugendlichen nicht nur eine unzureichende Versorgung mit Gütern des alltäglichen Bedarfs, sondern auch geringere Bildungschancen und weniger Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe. Nachdem sich diese Problemlagen durch die Corona-Pandemie verschärft haben, drohen nun mit den aktuellen Preissteigerungen zusätzliche Einschränkungen im Alltag, besonders für Familien mit geringen Einkommen. „Es droht die soziale Katastrophe für viele Kinder, Jugendliche und ihre Familien! Der Ausnahmezustand dauert bereits mehr als zweieinhalb Jahre an. Für ein fünfjähriges Kind ist das die Hälfte seiner Lebenszeit. Dies hat bei vielen Kindern, Jugendlichen und ihren Familien deutliche Spuren hinterlassen. Die soziale Spaltung verschärft sich weiter, da all dies nicht nur arme Familien betrifft, sondern mittlerweile bis weit in die Mittelschicht hineinreicht“, heißt es in der Erklärung wörtlich.

Erst jüngst hatte eine **Studie der Bertelsmann Stiftung** ergeben, dass gerade Mehrkindfamilien besonders von Armut betroffen sind, obwohl sie besonders viel für den Staat und die Gesellschaft leisten.

Die Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt stellen

In der Erklärung fordern die unterzeichnenden Organisationen die Politik daher dazu auf, die Interessen und Bedarfe von Kindern und Jugendlichen endlich in den Mittelpunkt zu rücken und die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Gerade angesichts der steigenden Preise, die für viele Privathaushalte und soziale Einrichtungen schwer zu stemmen sind, darf jetzt nicht am falschen Ende gespart werden. Vielmehr müssen die Lebensgrundlage und die Ansprüche von Kindern und Jugendlichen gesichert werden.

Monetäre Leistungen und Verbesserung der Infrastruktur

Die gemeinsame Erklärung basiert auf dem Wissen, dass für eine erfolgreiche Armutsbekämpfung monetäre Leistungen und Investitionen in die Infrastruktur nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Für ein Aufwachsen in Wohlergehen benötigen Kinder und Jugendliche beides: eine auskömmliche finanzielle Absicherung und eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur, durch die alle Kinder und Jugendlichen dazu befähigt werden, ihre Potenziale und Talente zu entwickeln.

Die Erklärung des Ratschlag Kinderarmut mit allen Unterzeichnenden findet sich unter **www.dkhw.de/gemeinsamgegenkinderarmut**.

Quellen: Redaktionsnetzwerk Deutschland, Pressemitteilung Deutsches Kinderhilfswerk e.V., eigene Recherchen